



Sendung vom 16.11.2009, 20.15 Uhr

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim
Professor für öffentliches Recht und Verwaltungslehre
im Gespräch mit Jochen Kölsch

Kölsch: Zu unserer Sendung alpha-Forum begrüße ich Sie sehr herzlich, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer. "Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat nichts zu sagen." Derjenige, der solche Sätze in den öffentlichen Raum stellt, sitzt bei mir hier im Studio, der Staatsrechtler und Wirtschaftswissenschaftler Hans Herbert von Arnim, inzwischen emeritierter Professor an der Verwaltungshochschule in Speyer. Sind die Staatsbürger alle verblendet und fehlinformiert? Täuschen wir uns alle über das wahre Wesen unseres Staates? Oder wie muss ich Sie verstehen mit Ihrem Zitat?

von Arnim: Die einzige Möglichkeit, die die Menschen haben, auf die Politik Einfluss zu nehmen, sind ja die Wahlen. Man denkt, dann müssten sie dabei doch die Abgeordneten auswählen können. In Wahrheit aber können sie das gar nicht: Wer von einer Partei in einem für diese sicheren Wahlkreis aufgestellt ist oder wer von seiner Partei auf einen sicheren Listenplatz gesetzt worden ist, der ist längst vor dem Wahltermin bereits sicher, ins Parlament einziehen zu können. Das heißt, die Bürger wählen die Abgeordneten gar nicht aus, sondern nicken nur ab, was die Parteien vorher festgelegt haben. Selbst bei der Regierung ist es so, dass auch diese die Bürger oft gar nicht bestimmen können. Denken Sie nur einmal an die letzte Bundestagswahl: Da stand vor der Wahl bereits fest, dass Angela Merkel wieder Kanzlerin werden würde. Hätte es mit der FDP, also mit Guido Westerwelle, nicht geklappt, dann hätte sie ihre Regierung mit der SPD, also mit Steinmeier, weitergemacht. In beiden Fällen wäre sie Kanzlerin geblieben und hätte die Richtlinien der Politik bestimmt. Wer die Regierung bildet, wird nach unserem Wahlsystem im Allgemeinen durch Koalitionen festgelegt. Und diese Koalitionen werden nach der Wahl hinter dem Rücken der Bürger durch die Parteiführungen abgestimmt. Im August gab es da z. B. die saarländische Landtagswahl: Da haben die Bürger vorher gar nicht wissen können, was nach der Wahl geschieht, denn da hat eine kleine Partei, die Grünen, mit sechs Prozent und daher nur drei Abgeordneten darüber entschieden, wer nach der Landtagswahl die Regierung bildet. Auf diese Weise haben die Grünen den eigentlich abgewählten CDU-Ministerpräsidenten und saarländischen CDU-Vorsitzenden Peter Müller an der Regierung gehalten: Das konnten die Wähler überhaupt nicht voraussehen und das heißt, hier wurde nach der Wahl über die Köpfe der Bürger hinweg bestimmt, wer die Regierung bildet. Dass das so sein kann,

liegt an unserem System und dieses System entmachtet letztlich die Bürger.

Kölsch: Aber warum haben wir dann alle trotzdem das Gefühl, es wäre eine Demokratie, in der wir leben? Die Menschen gehen zur Wahlurne, wählen munter – es werden zwar immer weniger, die zur Wahl gehen, aber es sind doch immer noch weit mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, die zur Wahl gehen – und bilden sich ein, sie hätten etwas zu entscheiden. Sie jedoch sagen, dass es eigentlich nur eine ganz kleine Gruppe von Menschen ist, die alles entscheidet.

von Arnim: Darüber wird wenig gesprochen, es gilt als politisch nicht korrekt, über diese Dinge zu reden, dass der Bürger in Wahrheit weitgehend entmachtet ist. Darüber zu reden, daran hat die politische Klasse kein Interesse. Die politische Klasse hat aber einen sehr großen Einfluss auf die gesamte politische Ideologie, die wir in der Bundesrepublik haben. Denn die Politik bestimmt ja z. B. auch, wer Verfassungsrichter wird, sie bestimmt, wer das Sagen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat, sie besetzt also mehr oder weniger alle wichtigen Posten. Die so auf diese Posten Gekommenen haben dann natürlich kein großes Interesse daran, dieses ganze System, dessen Kern das Wahlsystem ist, zur Debatte zu stellen. Ändern müsste das die Politik selbst z. B. durch Änderung des Wahlgesetzes, um mal das Zentrum zu nennen. Aber diejenigen, die gemäß diesem Wahlsystem gewählt worden sind, haben kein Interesse daran, das zu ändern, weil damit möglicherweise ihre Wiederwahlchancen beeinträchtigt werden könnten. Das ist also eine richtiggehende politische Falle, in der sich unsere Demokratie befindet.

Kölsch: Das, was Sie sagen, ist ja eigentlich ein Freudenfest für Verschwörungstheoretiker: Im Grunde haben sich die wirklich Mächtigen verschworen gegen das Volk: "Wir tun so, als wäre das eine Demokratie. Aber in der Realität lassen wir keine wirklich offenen Wahlen zu!" Das klingt doch fast kaum glaubhaft, oder?

von Arnim: Die politische Klasse, das sind die Berufspolitiker, entscheidet hier ja über die Fraktionsgrenzen hinweg – das ist also nicht nur die eine Partei, sondern auch die anderen, die im Parlament sitzen – in eigener Sache. Das heißt, sie entscheiden über das Wahlsystem, in dem sie vielleicht wiedergewählt werden oder auch nicht. Das ist also keine Verschwörungstheorie, sondern das habe ich ja in meinen Büchern alles ausführlich beschrieben: Das ist also nichts irgendwie Vages, nein, das ist ganz stark "durchkomponiert": Im Einzelnen habe ich das in verschiedenen Büchern dargestellt.

Kölsch: Ihr jüngstes Buch trägt den Titel "Das Versagen der Politik: Volksparteien ohne Volk". In diesem Buch weisen Sie nach, dass 75 Prozent der Parlamentarier von den Parteien bereits vorbestimmt sind: Das, was der Wähler dann an Wahlergebnissen absondert, hat Ihrer Meinung nach nur mehr so etwas wie Stimmungscharakter; die Parteien interessieren das nur noch wenig. Stimmt das tatsächlich? Und ist es nicht in anderen Ländern genauso, dass eine bestimmte politische Klasse die wesentlichen Dinge vorbestimmt?

von Arnim: Sicherlich gibt es das in manchen Ländern ebenfalls, das sind jedoch Länder, mit denen wir uns nicht unbedingt vergleichen wollen. Aber nehmen

Sie z. B. Großbritannien: Dort gibt es nur zwei Parteien, es herrscht dort das Mehrheitswahlsystem und es entscheiden tatsächlich die Bürger, wer alle vier Jahre die Regierung stellt. Nach vier Jahren können sie auch eine klare Verantwortlichkeit herstellen: "Hat uns, hat der Mehrheit der Bürger das gefallen, was die Regierung in diesen vier Jahren gemacht hat, oder nicht?" Daraufhin können sie diese Regierung abwählen oder bestätigen. Nehmen Sie die USA: Die USA haben viele große Probleme, aber in diesem Punkt, über den wir hier sprechen, ist das anders, denn die Amerikaner wählen den Präsidenten direkt. Die Amerikaner bestimmen also, wer ihr Präsident wird. Die Amerikaner wählen auch direkt die Mitglieder des Kongresses, also des Repräsentantenhauses und des Senats. Das heißt, sie haben einen sehr viel größeren Einfluss auf die, die ins Parlament kommen. In dieser Hinsicht haben also die Bürger in den USA sehr viel mehr Einfluss als in Deutschland. In den USA gibt es aber auch große Nachteile: Die Parteien spielen dort zwar fast gar keine Rolle, sind ganz schwach, aber dafür spielt dort das große Geld eine entscheidende Rolle. Bei uns ist es eher umgekehrt, bei uns spielen die Parteien eine ganz dominierende Rolle. Wenn man bei uns reformieren würde, dann würden die Parteien etwas zurückgedrängt werden – allerdings nicht so weit wie bei den Amerikanern. Das wäre meines Erachtens eine bessere Lösung: Das wäre dann der Fall, wenn die Bürger mehr Einfluss hätten, indem es beispielsweise nicht mehr starre Listen gäbe, sondern die Bürger die Wahllisten verändern könnten und deswegen Einfluss darauf hätten, wer ins Parlament kommt. Dort, wo es einen sicheren Wahlkreis gibt, wo also von vornherein die Bürger gar nichts anderes machen können, als den, den die dominierende Partei dort hingesetzt hat, zu bestätigen, müsste man Vorwahlen einführen. Denn dann hätten auch dort die Bürger einen Einfluss darauf, wer ins Parlament kommt. Damit wäre doch schon eine ganze Menge gewonnen.

Kölsch: Sie machen also, so wie ich das gelesen habe, eine Fundamentalkritik auf der einen Seite, vor allem auf Europa-, Bundes- und Länderebene. Auf der anderen Seite loben Sie aber auch, das hat mich dann doch wieder sehr beruhigt und entlastet, die Gemeindeparlamente, die Gemeindeverfassung. In den Kommunen wird der Bürgermeister direkt gewählt, können die Listen verschieden angekreuzt werden, sodass der Wähler nicht zwingend das hinnehmen muss, was ihm die Parteien vorsetzen. Darüber hinaus loben Sie, dass es Volksabstimmungen gibt. Insofern betreiben Sie also eine Fundamentalkritik und schlagen auf der anderen Seite Modifikationen des Systems vor.

von Arnim: So ist es. Dieses kommunale System, bei dem die Bürger durch Häufeln ihrer Stimmen und dadurch, dass sie auch Kandidaten anderer Listen durch sogenanntes Panaschieren wählen können, bei dem sie also wirklich Einfluss darauf haben, wer in die Stadträte gewählt wird, und bei dem der Bürgermeister direkt gewählt wird, die Bürger also als Mehrheit den Bürgermeister auswählen können, ist meines Erachtens ein relativ bürgernahes System, bei dem auch die Verantwortlichkeit ziemlich klar ist. Denn der Bürgermeister ist meist auch im Stadtrat und man kann da, wenn die Wahlperiode zu Ende ist, ganz klar die Verantwortlichkeiten herstellen. In Bayern und Baden-Württemberg gab es das ja schon lange. In allen anderen Ländern wurde das erst ungefähr in den letzten zehn Jahren eingeführt. Aber es waren nicht die Parlamente, die das geschafft haben,

sondern das wurde in Ländern in Norddeutschland wie in Schleswig-Holstein oder in Niedersachsen usw. erst durch Volksbegehren und Volksentscheid bzw. durch glaubwürdiges Drohen damit durchgesetzt. Das heißt, die Parlamente, die Landesparlamente, die das hätten einführen können, sahen sich dazu nicht in der Lage, sondern wurden quasi seitwärts durch Volksbegehren überholt. Nur dadurch ist das zustande gekommen.

Kölsch: Sie sind ja nun schon seit Jahrzehnten als Parteienkritiker bekannt. Das ist auch eines der schmückenden Beiworte, die man ihnen gibt. Letztlich sind Sie aber doch mehr oder weniger eine Einmannveranstaltung geblieben. Es gibt viele Menschen, die Ihnen zustimmen, aber letztlich wurde und wird daraus keine politische Willensbildung.

von Arnim: Nun ja, es gibt ja zwei Zielrichtungen bei mir. Einmal geht es mir um die Öffentlichkeit, in der ein Wissenschaftler etwas bewirken kann, indem er die Dinge so darbringt, dass die Medien das dann, wenn es überzeugend ist, aufgreifen. Die andere langfristige Wirkmöglichkeit ist diejenige gegenüber der scientific community, also gegenüber den wissenschaftlichen Kollegen. Dass es in der Wissenschaft nicht so viele sind, die auf diesem Gebiet arbeiten, liegt wohl auch daran, dass man diese Dinge nicht nur sehr genau analysieren muss, sondern dass man dabei auch Wertungen anstellen muss. Und dieses Anstellen von Wertungen ist vielen meiner Kollegen, sowohl den Öffentlich-Rechtlern wie auch den Politikwissenschaftlern, nicht genehm: Sie halten nichts von solchen Wertungen, sie halten das für unwissenschaftlich. Die Staatsrechtler und die Verfassungsrechtler werten nur innerhalb der Verfassung: Etwas ist verfassungswidrig oder nicht verfassungswidrig. Aber oft geht es doch um Dinge jenseits dieser Wertung. Auch die Politikwissenschaftler halten Wertungen oft für nicht zu ihrer Disziplin gehörend. So kommt es, dass hier tatsächlich eine Lücke besteht. Hinzu kommt, dass diejenigen, die sich mit den Parteien und der Politik befassen, oft sehr nah an den Parteien dran sind, d. h. gar nicht wirklich frei sind, Dinge zu kritisieren, die alle Parteien betreffen. Es gibt viele Kollegen, die der SPD sehr nahe stehen, es gibt viele Kollegen, die der Union oder der FDP sehr nahe stehen: All diese Kollegen kritisieren aber immer nur jeweils die andere Seite des politischen Spektrums. Aber Kritik an Dingen zu üben, für die die gesamte politische Klasse verantwortlich ist, macht kaum einer, weil eben diejenigen, die sich intensiv damit befassen, oft befangen sind.

Kölsch: Haben Sie jemals darüber nachgedacht, selbst in die Politik zu gehen, da Sie doch politisch derart aktiv und auch wirksam sind?

von Arnim: Ich hatte einmal das Angebot, Landesminister zu werden: Ich habe auch darüber nachgedacht, dann aber dieses Angebot nicht angenommen. Denn dann wäre man ja doch eingespannt in die Richtung der Partei, von der dieses Angebot käme. Man könnte dann eben nicht mehr Dinge kritisieren, die alle Parteien und das gesamte System betreffen. Ich habe das also abgelehnt, weil ich dann eben nicht mehr hätte sagen können, was ich bisher immer gesagt habe, nämlich Dinge zu kritisieren, die das ganze System betreffen.

Kölsch: Der höchste Lustgewinn des Wissenschaftlers von Arnim besteht also darin, von einer nüchternen, neutralen Position aus ein real existierendes System zu diskutieren und zu kritisieren.

von Arnim: Ja, ich habe bereits bei meiner Dissertation gemerkt, dass unsere Demokratie keineswegs einen Automatismus darstellt, der selbstverständlich zum Gemeinwohl führt, sondern dass es gewisse Ungerechtigkeiten und Unrichtigkeiten gibt, die, obwohl sie so offensichtlich sind, das System nicht bewältigen kann, weil es bestimmte Interessen – meistens sind das Partikularinteressen – gibt, die das blockieren. Da ich also über meine Doktorarbeit und über meine Habilitationsschrift dahin gekommen bin, herauszufinden, wo hier die Schwächen genau liegen, ist es für einen Wissenschaftler natürlich schon sehr reizvoll, das im Einzelnen aufzuzeigen, zumal ich mit meinen Publikationen im wissenschaftlichen Bereich auch durchaus viele gefunden haben, die das zitieren und aufnehmen und fortschreiben. Das dauert allerdings ziemlich lange, aber jetzt, nach einem schon ziemlich langen Leben, kann man doch sehen, dass da manches Früchte getragen hat.

Kölsch: Sie kritisieren fundamental und damit bestätigen Sie natürlich auch Bürger, die sagen, die Politiker würden ohnehin machen, was sie wollen, die Politiker würden sich schamlos bereichern – Sie haben ja zum Thema "Diäten" und "Vielfachversorgung von Politikern" ebenfalls sehr viel gearbeitet. Damit fördern Sie doch im Grunde genommen die Wahlmüdigkeit.

von Arnim: Das mag sein, aber die Demokratie zeichnet sich ja dadurch aus, dass sie – im Gegensatz zu einem verknöcherten, tyrannischen, absolutistischen System, das sich überhaupt nicht mehr ändern kann – durch öffentliche Diskussion im Laufe der Jahre ihre Schwachstellen erkennt und sich ändert und verbessert. Das ist ja der große Vorteil einer Demokratie. Deshalb muss es auch möglich sein, öffentliche Kritik anzubringen. Dass das dann auch manchmal Wasser auf die Mühlen von Leuten ist, mit denen man keinesfalls ein Bündnis eingehen würde, ist unvermeidbar. Aber deswegen Grabesruhe vorherrschen zu lassen und keine Kritik mehr auszuüben, wäre absolut undemokratisch.

Kölsch: Sie sagen also, dass man kritisieren und im Zweifelsfalle auch in Kauf nehmen muss, dass sich irgendwelche Extremisten, die den Staat ablehnen, dadurch bestätigt fühlen könnten. Wie gehen Sie damit um?

von Arnim: Wenn das so ist, dann lässt sich das schlecht ändern. Wenn meine Kritik berechtigt ist und irgendwelche Extremisten diese Kritik aufgreifen, dann kann ich deswegen diese Kritik ja nicht unterlassen. Ich hoffe aber, dass auch gemäßigte Kräfte ein Einsehen haben und meine Kritik an sich heranlassen.

Kölsch: Wie geht denn die Politik mit Ihnen um? Sie müssten im Laufe der Jahrzehnte Ihres Parteienkritikerlebens ja doch jede Menge Erfahrung gesammelt haben. Wie gehen die Politiker persönlich damit um? Wie gehen sie persönlich mit Ihnen um? Gab es und gibt es da Versuche, Ihre Kritik in irgendeiner Weise zu verhindern?

von Arnim: Ja, natürlich gab es und gibt es das auch. Als ich Rektor der Hochschule in Speyer war, hat der Bundestag den Bundesrechnungshof nach Speyer in Bewegung gesetzt, und zwar direkt nach einer Kritik, die ich vorher geübt hatte. Das war also eine regelrechte Retourkutsche. Das "Hamburger Abendblatt" hat das damals mit den Worten kommentiert: "Das Imperium

schlägt zurück!" Letztlich aber führte das dazu, dass wir bestätigt bekamen, was wir da in Speyer machten. Der Rechnungshof sagte sogar: "Die Hochschule in Speyer braucht noch mehr Stellen!" Es war darüber hinaus auch so, dass bestimmte Politiker versucht haben, mich mit Prozessen zu überziehen, die ich zum Glück, ich hoffe, das bleibt auch so, alle gewonnen habe. Oder es wurde in der Öffentlichkeit ganz wüst über mich geschimpft von angegriffenen Politikern. Das kommt vor, aber im Laufe der Zeit habe ich mir da eine ziemlich dicke Haut zugelegt. Und es ist ja so: Wenn man meine Kritik nur durch Angriffe auf mich als Person meint abwehren zu können, dann ist das für mich ein Zeichen dafür, dass man gegen meine sachliche Kritik nichts Sachliches mehr vorzubringen hat. Das ist bereits eine Vorstufe dafür, dass am Ende meine Kritik in der Sache letztlich doch durchdringt.

Kölsch: Sie haben insgesamt mehrmals, aber zwei Mal sehr deutliche Ausflüge gemacht in die gesetzgeberische, in die praktische Politik: Sie wurden in die Parteienfinanzierungskommission berufen und waren für einige Jahre auch einmal Landesverfassungsrichter. Das blieben aber nur Episoden.

von Arnim: Nun ja, wenn man in eine Parteienfinanzierungskommission berufen wird – sie hatte damals der Bundespräsident Richard von Weizsäcker berufen –, dann ist klar, dass man dort nur für eine abgegrenzte Zeit tätig sein wird. Der Vorsitzende dieser siebenköpfigen Kommission war der frühere Bundesverwaltungsgerichtspräsident Horst Sandler. Wir haben also unser Gutachten gemacht und dieses dann vorgelegt. Im Verfassungsgericht in Brandenburg war ich der einzige Parteilose. Die Grünen hatten mich als Richter vorgeschlagen, während alle anderen Mitglieder des brandenburgischen Verfassungsgerichts ein Parteibuch besaßen. Das war in der Tat eine interessante Erfahrung.

Kölsch: Bei Ihren Reformvorschlägen sehe ich ein ganz bestimmtes methodisches Problem. Sie fordern, dass in unserer Demokratie das Volk unmittelbarer an den Entscheidungen beteiligt werden soll, dass die Politiker unmittelbarer gewählt werden sollen. Andererseits ist es aber so, dass wir heutzutage in der Demokratie auch noch Kommissionen brauchen: Kommissionen, die sich z. B. mit der Parteienfinanzierung oder auch mit der Festlegung der Diäten befassen und die quasi über bzw. außerhalb der Politik stehen. Kann es so etwas auch in Ihrer Vorstellung überhaupt geben, also Kommissionen im Sinne der Royal Commissions in England?

von Arnim: Natürlich kann es das geben und die Royal Commissions in England sind ein gutes Beispiel dafür. Sie sind allerdings in aller Regel unabhängiger als die Kommissionen, die bei uns bestellt werden. Die Kommission, von der soeben die Rede war, also die Parteienfinanzierungskommission, war relativ unabhängig. Das hatte allerdings leider zur Folge, dass die Parteien die Vorschläge, die wir gemacht haben – es ging damals um die Reform der Parteienfinanzierung –, nicht aufgegriffen haben. Sie haben uns vielmehr als lächerlich bezeichnet und als "Laienspielschar" verächtlich gemacht. Warum? Weil sie die Dinge, die wir vorgeschlagen haben, nicht übernehmen wollten. Es gibt andere Kommissionen, die – das ist die Regel – sehr parteinah sind: In diese Kommissionen werden vor allem Leute berufen, die der einen oder anderen Partei oder allen Parteien sehr nahe stehen. Sie machen dann eben nicht so "harte" Vorschläge, was dazu führt,

dass deren Vorschläge leichter übernommen werden. Hier besteht daher ein richtiges Dilemma. Bestellt man eine wirklich unabhängige Kommission, dann sagen die Parteien am Ende: "Es ist albern, was die Kommission vorschlägt, weil das weit weg ist von der Wirklichkeit!" Daher übernehmen sie diese Vorschläge nicht. Bestellt man parteinahe Kommissionen, werden keine Vorschläge gemacht, die wirklich an die Wurzel des Übels gehen. Insofern ist auch das ein großes Problem unseres Systems.

Kölsch: Ich würde jetzt gerne zu einem ganz anderen Aspekt kommen. Bei Helmut Kohl war es z. B. klar, dass er sich während seiner Amtszeit quasi täglich die Meinungsforschungsergebnisse hat sagen lassen. Aber das machte nicht nur Helmut Kohl, sondern das machen auch heute sehr, sehr viele Politiker: Sie lassen sich permanent über die "Stimmung im Volke" berichten, um zu wissen, in welche Richtung sie gehen sollen. Ist das nicht doch ein Hinweis darauf, dass die Bevölkerung mit ihrer Meinungs- und Stimmungsbildung einen relativ großen Einfluss hat?

von Arnim: Diese Meinungsumfragen sind ja wirklich nur Stimmungsumfragen. Da werden 2000 Leute, oft per Telefon, abgefragt, und zwar ganz schnell, sodass diese gar nicht recht überlegen können, sondern im Endeffekt nur ihre Stimmung weitergeben. In der Politik muss man aber auch oft über diese Stimmungsfragen hinweg Strukturfragen anpacken. Diese kommen dabei aber völlig zu kurz. Sie können bei solchen Stimmungserhebungen auch gar keine Rolle spielen. Diese Strukturfragen, von denen unglaublich viel abhängt – wir haben darüber ja bereits eingangs gesprochen –, werden also überhaupt nicht thematisiert, sodass diese Stimmungsdemokratie, die auf Umfragen beruht, mir eher ein Teil des Problems zu sein scheint.

Kölsch: Sie haben einmal geschrieben, dass es in unserem Lande ungefähr 17000 hauptamtlich politisch Tätige gäbe: Das sind Menschen aus den Parteien, die innerhalb wie außerhalb der Parteien wirklich alles entscheiden. Wenn man sich ansieht, wie das Bundesverfassungsgericht besetzt wird: Das ist ja im Grunde genommen nur noch eine Handvoll Menschen, die über diese Verfassungsfragen entscheidet, obwohl das doch sehr wesentliche politische Grundsatzentscheidungen sind.

von Arnim: So ist es.

Kölsch: Könnte man das besser machen? Die Ergebnisse des Bundesverfassungsgerichts sind ja nicht so schlecht gewesen, dass man sehr lamentieren müsste, wer dorthin berufen wurde und wie dort gearbeitet wurde.

von Arnim: Die Richter werden zwar von der Politik bestellt. Das heißt, die Politik bestellt sich ihre eigenen Kontrolleure: Das ist ein Problem. Auf der anderen Seite gilt da doch oft auch so etwas, was ich den Becket-Effekt genannt habe. – Ich habe das nach dem Drama von Jean Anouilh "Becket oder die Ehre Gottes" so genannt. – Denn erst einmal berufen, schafft das Amt eben doch oft seine eigenen Verpflichtungen, sodass die auf 12 Jahre gewählten Richter sich dann von denen, die sie berufen haben, emanzipieren. Nicht alle, aber viele Verfassungsrichter spielen dann eben doch eine unabhängige, sachbezogene Rolle. Aber man könnte das Verfahren der Bestellung der Verfassungsrichter selbstverständlich auch ändern. Im Augenblick ist es ja so, dass wenige Abgeordnete in Absprache über die Parteigrenzen hinweg entscheiden, wer Verfassungsrichter wird. Das

Ganze läuft völlig abgedunkelt und jenseits der Öffentlichkeit ab. Nur manchmal tritt das so nebenbei an die Öffentlichkeit. Hier sollte man sich also überlegen, ob man im Rahmen einer Vorwahl dieser Richter nicht eine öffentliche Anhörung machen könnte, sodass dieser ganze Prozess ihrer Bestellung transparenter wird. Hier könnte man also sehr wohl noch einiges verändern. Vor allen Dingen aber müssten die Menschen Einfluss auf die Auswahl ihrer politischen Repräsentanten, also der Abgeordneten haben. In den Bundesländern sollte man meines Erachtens auch darüber nachdenken, ob die Ministerpräsidenten nicht direkt gewählt werden sollten. Die Direktwahl der Bürgermeister in den Städten ist ein Erfolgsmodell, das ist eindeutig. Hier gibt es zwar auch immer wieder Ausrutscher, aber typischerweise und im Großen und Ganzen ist das ein Erfolgsmodell. Hier haben die Bürger mit Recht den Eindruck: "Den haben wir wirklich gewählt!" Aus diesem Grund akzeptieren sie dann oft auch Härten, die dieser machen muss, weil sie ihn ja selbst gewählt haben. So etwas sollte man meiner Meinung nach auch hinsichtlich der Ministerpräsidenten in Erwägung ziehen. Das ist nicht nur eine theoretische Überlegung, denn der große Vorteil meiner Überlegung besteht darin, dass man diese Änderung per Volksbegehren und Volksentscheid, die es auf Länderebene ja überall sehr wohl gibt, an den Landesparlamenten vorbei durchsetzen könnte. Denn die Landesparlamente wollen das ja nicht: Sie wollen nach wie vor selbst bestimmen, wer Ministerpräsident wird.

Kölsch: Man könnte das also rechtstechnisch gesehen tatsächlich durchsetzen?

von Arnim: Ja, man kann das in der Tat durchsetzen, d. h. das ist nicht nur eine theoretische Überlegung von mir, sondern eine praktische. In Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in anderen großen Ländern hat man die direkte Wahl der Bürgermeister ja auch erst mit Volksbegehren – oder doch zumindest durch glaubwürdiges Drohen damit – durchgesetzt, denn die jeweiligen Landesparlamente wollten das dort auch nicht.

Kölsch: Sehen Sie denn einen evolutionären Vorteil, wenn sich die Demokratie aus der von Ihnen beschriebenen Verfilztheit herausentwickeln würde, und zwar gerade in einer Zeit, die sich aufgrund der Globalisierung und Technisierung der Welt enorm beschleunigt hat?

von Arnim: Ja, ich sehe darin einen Vorteil. Es gibt ja eine doppelte Entwicklung. Es findet einerseits eine Globalisierung statt, d. h. immer größere Bereiche müssen ins Auge gefasst werden. Andererseits braucht es aber doch auch eine Konzentration auf den gemeindlichen Bereich, auf den Länderbereich. Dort sollte man auf alle Fälle den Ministerpräsidenten direkt wählen. Und man sollte dort auch auf alle Fälle das Wahlrecht ändern, denn auch in den Ländern sind ja die Listen starr und können die Bürger nicht wirklich darüber entscheiden, wer ihr Abgeordneter wird, sondern können nur das absegnen, was ihnen von den Parteien vorgesetzt wird. Das sollte man also ändern, denn das würde das Einverständnis der Menschen mit ihrem Staat, mit ihrer Politik erhöhen. Dann wären sie bereit, manchmal auch Zumutungen, die in unserer Situation ja unausbleiblich sind, leichter zu ertragen. Ich glaube tatsächlich, dass man diese außerordentlich verfestigte Herrschaft der Parteien – genauer gesagt: nicht so sehr der Parteien, als vielmehr der Berufspolitiker innerhalb der Parteien – nur auf diese Weise aufbrechen könnte, und zwar demokratisch aufbrechen und nicht etwa

durch Revolution. Apropos Parteien: Eigentlich ist das ein falsches Wort, denn die Hunderttausende von Mitgliedern innerhalb der Parteien kritisieren ja selbst diese Mängel besonders hart. Das heißt, sie sind eigentlich Verbündete eines Parteienkritikers. Es geht also im Wesentlichen nur um eine kleine Gruppe von Berufspolitikern, die innerhalb der Parteien und auch im Staat das Sagen haben.

Kölsch: Diese relativ Wenigen sind immerhin mächtig genug, um die Dinge zu steuern.

von Arnim: Ja, und zwar deswegen, weil sie im Staat an den Hebeln der Macht sitzen: Im Parlament entscheiden sie über Gesetze und entscheiden sogar über die Verfassung, denn sie können die Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit ändern und mit einfacher Mehrheit Gesetze beschließen. Sie beschließen auch alleine den Haushalt, beschließen also über die vielen, vielen Hundert Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln. Dadurch beschließen sie auch über ihren eigenen Status und über ihre eigene Macht: Sie bestimmen die Regeln des Machterwerbs, weil sie im Innersten des Staates an den Hebeln der Macht sitzen und über Gesetze, Verfassung und Haushalte entscheiden und dabei natürlich auch ihre eigenen Interessen im Auge haben.

Kölsch: Übersehen Sie hier aber nicht den Einfluss der Wirtschaft und der Lobbygruppen auf die Politik?

von Arnim: Der Einfluss der Lobbygruppen ist gewaltig und das war auch das Thema meiner Habilitationsschrift mit dem Titel "Gemeinwohl und Gruppeninteressen", die ich vor vielen Jahrzehnten geschrieben habe. Der Einfluss der Lobbygruppen ist jedoch umso größer, je geringer der Einfluss der Bürger ist, je geringer das Allgemeininteresse ist, das in den Äußerungen der Bürger in Wahlen und Volksabstimmungen zum Ausdruck kommt. Wenn nämlich dieser Einfluss gering oder fast gar nicht mehr vorhanden ist, ist der Einfluss der Partikularinteressen, der Lobbys also, umso größer. Das heißt, dass mehr Demokratie, mehr Repräsentation des allgemeinen Interesses auch diese Partikularinteressen der Lobbys zurückdrängen könnte, die im Augenblick einen überstarken Einfluss haben.

Kölsch: Dafür müssten sich die Bürger natürlich mobilisieren, um mehr Einfluss ausüben zu können. Mit einigen bestimmten Strukturmaßnahmen könnte da ja bereits viel erreicht werden.

von Arnim: Ja, das stimmt.

Kölsch: Ich würde jetzt gerne zu einigen biografischen Aspekten kommen. Sie sind ja sozusagen der "Oberdemokrat", indem Sie das System an sich selbst und seiner Idealform messen. Dennoch entstammen Sie einer fast ein Jahrtausend alten Familie, die sozusagen immer feudal gelebt hat. Wie passt das zusammen?

von Arnim: Ich habe mich von den feudalistischen Wurzeln meiner eigenen Familie – die ich sehr schätze, ich habe auch viele gute Freunde innerhalb der arnimschen Familie – völlig emanzipiert. Hier ist in meiner Einstellung nichts mehr zurückgeblieben. Aber ich kenne diese Wurzeln selbstverständlich. Vielleicht habe ich auch ein bisschen vom Kampfgeist der Junker geerbt, also meiner Vorfahren, denn es gehört doch, wenn ich das so nennen darf, ein bisschen Widerstandskraft auch im Geiste dazu, gegen viele

Anfeindungen bei der Stange zu bleiben. Es könnte also sein, dass hier wirklich die alten Kämpfer, und das waren nun einmal die Junker damals, irgendwie in mir drinstecken. Aber sie kämpfen heute eben nicht mehr für den Feudalismus, sondern für die Demokratie.

Kölsch: Das war auch meine Vermutung, denn ich finde es wirklich schier unglaublich, dass man sich wie Sie Jahrzehnte lang als etablierter Professor – da könnte man sich das Leben ja schon etwas leichter machen – immer wieder derart vielen Auseinandersetzungen stellt. Sie gehen wirklich keinem Konflikt aus dem Wege, wenn es z. B. um die Diäten und die Mehrfachversorgung von Politikern geht. Dabei gehen Sie ja die Politiker auch ganz konkret an, weil Sie Ihrer Ansicht nach überversorgt sind. Wie ist das für Sie? Kann es sein, dass Sie von dieser Art Auseinandersetzung möglicherweise sogar beflügelt werden?

von Arnim: Sie haben soeben den Status des Professors angesprochen: Professoren genießen laut Grundgesetz wissenschaftliche Unabhängigkeit. Hinzu kommt, dass Professoren in Deutschland auf Lebenszeit angestellt sind und auch alimentiert, d. h. bezahlt werden. Das ist ein Privileg. Ich meine, dass sich dieses Privileg nur aus einer ganz bestimmten Funktion heraus rechtfertigen lässt, nämlich die Probleme von Staat und Gesellschaft zu durchdenken und dann auch, wenn nötig, Abhilfevorschläge zu machen und auch öffentlich für diese Dinge einzustehen. Denn genau das erlaubt diese Stellung. Diese privilegierte Stellung ist also m. E. überhaupt nur zu rechtfertigen, wenn man nötigenfalls auch Kritik übt, denn sonst hätte dieses Privileg keine Funktion. Dass ich dann immer wieder bei solchen Themen wie der Politikfinanzierung oder beim Wahlrecht usw. meine Stimme erhebe, liegt auch daran, dass ich die Dinge in vielen Kommentaren, Büchern usw. durchdacht habe: Wenn dann wieder einmal ein Problem auf diesem Gebiet auftaucht, kann ich sehr schnell erkennen, wo die Schwachstellen sind. Und ich werde dann natürlich auch oft von Journalisten dazu gefragt. Das ergibt dann wiederum Anregungen, die sich vertiefen und gelegentlich auch in Aufsätzen oder Büchern niederschlagen. Das ist also ein Thema, das sich immer weiter entwickelt.

Kölsch: Deutschland ist ja, wenn man es mit Frankreich, Großbritannien oder den USA vergleicht, kein richtiggehend undemokratisches Land, trotz der berechtigten Kritik, die Sie üben. Ist es nicht so, dass aus Ihnen der das Ideal suchende Wissenschaftler spricht, der aber immer wieder an der Realität der menschlichen Natur scheitern muss, auch an der menschlichen Gruppennatur, denn der Mensch versucht ja doch immer wieder, sich in ähnlichen Formen zu organisieren, wie man auch in anderen Ländern beobachten kann?

von Arnim: Dass ich immer wieder scheitern würde, das ist eigentlich nicht der Fall. Es gibt Dutzende von Gesetzen, die nach meiner Kritik dann aufgehoben wurden. Denn sonst wäre meine Arbeit in der Tat frustrierend. Aber wenn man dann doch immer wieder Erfolg hat, beflügelt einen das durchaus.

Kölsch: Sie haben ja z. B. sogar schon Verfassungsgerichtsurteile angeregt und zur Durchführung gebracht.

von Arnim: So ist es. Natürlich muss man differenzieren zwischen dem Ideal, bestimmte Dinge zu verlangen, und der politischen Durchsetzbarkeit. Ich differenziere hier sogar sehr genau. Aber woran soll man denn die

Wirklichkeit sonst messen als an einem normativen, einem wertgebundenen Bild? Gleichzeitig muss man selbstverständlich wissen, dass man es bis zur kompletten Realisierung dieses Bildes nie schaffen wird. Wenn wir jedoch gewisse Verbesserungen erreichen wollen, muss man doch wissen, in welche Richtung diese Verbesserungen gehen sollen. Deswegen braucht man ein normatives Leitbild. Sie haben das "Idealbild" genannt: Das ist mir ein bisschen zu hoch gegriffen, denn man braucht stattdessen "nur" eine normative Richtung, einen Maßstab, um sehen zu können, in welche Richtung Verbesserungen gehen können. Gleichzeitig muss man selbstverständlich auch die politischen Machtkonstellationen mit ins Auge fassen, denn sonst würde man völlig an den Dingen vorbeireden. Genau diese Differenzierung nehme ich aber vor, denn in meinen Büchern mache ich z. B. ganz konkrete Vorschläge, was wie auf welche Weise verbessert werden könnte, ohne einen normativen Himmel aufzubauen, der niemals erreichbar wäre.

Kölsch: Ich frage mich dennoch, warum z. B. nicht wenigstens von einer Partei – z. B. von den Grünen – dieses Thema der Vorwahlen aufgegriffen wird. Warum wird das Thema der Direktwahl des Ministerpräsidenten nicht aufgegriffen? Das könnte man als Partei doch als Thema etablieren und diese Partei würde sich damit einen immensen Imagevorteil erarbeiten. Stattdessen verharren alle Parteien in diesen alten Systemen.

von Arnim: Vorwahlen einzuführen, hat z. B. Franz Müntefering vor vier oder fünf Jahren vorgeschlagen. Aber er ist dann leider bereits in seiner eigenen Partei damit auf die Nase gefallen. Diesen Vorschlag gab es also in der Tat bereits. Die direkte Demokratie auch auf Bundesebene einzuführen, haben sich z. B. die Grünen aufs Panier geschrieben, das haben sich die Linken aufs Panier geschrieben. Leider bremst da die Union, denn es wäre ja eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat erforderlich. So kommt es, dass es bisher so aussieht, als würden diesbezüglich keine Chancen bestehen. Auf der anderen Seite habe ich es doch immer wieder erlebt, dass Dinge, die heute noch utopisch erscheinen, morgen plötzlich realisierbar werden. Das war bei vielen Dingen so, die ich in der Vergangenheit erlebt habe. Aus dem Grund glaube ich sehr wohl daran, dass auch das längerfristig kommen wird. Auch die Direktwahl des Ministerpräsidenten haben verschiedene Gruppen immer wieder mal aufgegriffen. Aber auch hier ist eine Umsetzung bisher nicht gelungen. Ich gehe jedoch davon aus, dass das spätestens dann Erfolg hat, wenn sich erst einmal eine Initiative findet, die versucht, das auf Länderebene mittels Volksbegehren und Volksentscheid durchzusetzen. Denn 80 Prozent der Menschen, das zeigen Umfragen, wollen ihren Ministerpräsidenten direkt wählen, und zwar genauso wie ihren Bürgermeister – und hier ist das ja auch oft erst mit Volksbegehren und Volksentscheid durchgesetzt worden.

Kölsch: Hierfür braucht es also eine politische Strömung. Das Thema "mehr Frauen in die Politik" brauchte ja auch einige Jahrzehnte, bis es heute bei allen Parteien eine fraglose Selbstverständlichkeit geworden ist.

von Arnim: So ist es. Hier ist aber auch noch lange nicht alles erreicht und zum Besten bestellt. Vor allem in der Wirtschaft gibt es diesbezüglich noch viele Ressourcen, die ausgeschöpft werden könnten. In der Politik, also im Parlament, ist man bereits weiter. Aber auch hier sind wir noch nicht so weit,

wie wir eigentlich sein sollten. Hier zeigt sich jedenfalls, dass das ganz langfristige Prozesse sind, die aber irgendwann eben doch Fortschritte zeitigen.

Kölsch: Wie sieht denn eigentlich Ihr Idealstaat aus? Aus welchen Ingredienzien der real existierenden Staaten müsste er sich zusammensetzen? Würde er so wie in der Schweiz aussehen?

von Arnim: Die Schweiz ist in der Tat ein Vorbild: Dort steht ja praktisch jede Entscheidung der Parlamente unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Volkes.

Kölsch: Das heißt, das Bundesparlament entscheidet und dann muss das Volk entscheiden, ob diese Entscheidung auch wirklich in Kraft tritt?

von Arnim: Nein, aber das Volk hat dann die Möglichkeit, durch Referenden dagegen vorzugehen. So kommt es, dass man im Parlament bereits im Vorhinein abklopft, ob das zu beschließende Gesetz möglicherweise auch in einem Volksentscheid Bestand hätte. Das führt letztlich z. B. dazu, dass die Abgabenbelastung in der Schweiz geringer ist als bei uns. Die Schweiz hat also eine ganze Reihe von Vorzügen, obwohl auch die Schweiz intern über Reformen diskutiert. Das System in der Schweiz führt übrigens keineswegs dazu, dass notwendige Steuererhöhungen nicht angenommen werden würden: Man muss den Bürgern halt nur genau erklären, warum eine Steuererhöhung erforderlich ist. Und man unterlässt sie, wenn man sie nicht erklären kann, was bedeutet, dass sie in Wahrheit nicht berechtigt ist. Dass es so ist, hat aber auch in der Schweiz einer langen Entwicklung bedurft. Auch die Medien sind in der Schweiz sehr viel sachhaltiger als bei uns, was auch daran liegt, dass die Bürger möglicherweise direkt über bestimmte Sachfragen entscheiden müssen und deswegen die Medien dazu aufgefordert sind, diese Sachfragen auch genau zu erklären und auseinanderzufieseln. Bei uns hingegen ist eine solche Notwendigkeit nicht gegeben. Mehr Volkseinwirkung hätte auch einen Einfluss auf die Ausrichtung der Medien. Das heißt, es hätte meiner Meinung nach fast nur Vorteile, wenn die Bürger mehr zu sagen hätten. Auch die Verantwortlichkeit würde direkter und es hätten auch andere Politikertypen und Gruppen eine Chance, wenn es nicht nur bei den Bürgermeistern eine Direktwahl gäbe, sondern auch bei den Ministerpräsidenten der Länder. Es wäre nicht so, dass dann die Parteien komplett aus dem Spiel wären: Sie wären auch dann nach wie vor stark und ihre Kandidaten hätten gute Chancen. Aber sie wären selbst veranlasst, auch anderen eine Chance zu geben und daher auch andere Kandidaten aufzustellen. Auf der kommunalen Ebene läuft das ja bereits so. Die ganze Basis der Personalrekrutierung in unserem Gemeinwesen würde enorm erweitert werden, was dazu führte, dass dann andere Politikertypen eine bessere Chance hätten als heutzutage.

Kölsch: Ich sehe also im arnimschen Idealstaat doch relativ viel Schweiz vertreten.

von Arnim: Ja, durchaus.

Kölsch: Sie plädieren aber auch für Vorwahlen, wie sie z. B. in den USA praktiziert werden.

von Arnim: Ja, ich meine, man sollte auch den Bundespräsidenten direkt wählen. Im Augenblick ist es ja so, dass die Bundesversammlung, die den

Bundespräsidenten wählt, parteipolitisch ausgerichtet ist. Wir haben es ja bei der Wiederwahl von Horst Köhler gesehen: Die beiden Parteiführer Merkel und Westerwelle bestimmten im Vorfeld darüber, wer Bundespräsident wird bzw. dass Horst Köhler wiedergewählt wird. Und genauso ist es dann ja auch gekommen. Die parteipolitisch strukturierte Bundesversammlung hat sich an die Absprache der beiden gehalten. Das heißt, letztlich entscheiden zwei Parteiführer darüber, wer Präsident wird. So war das aber von den Vätern unserer Verfassung überhaupt nicht gedacht. Man sollte daher eine Direktwahl des Bundespräsidenten machen, denn dann hätte er noch mehr Autorität als bisher. Seine formalen Kompetenzen müssten dazu gar nicht erweitert werden, denn das sieht man z. B. am österreichischen, direkt gewählten Bundespräsidenten. Aber er könnte dann z. B. Royal Commissions berufen, die eben nicht von vornherein parteipolitisch strukturiert wären. Er könnte auch die Berufung von Beamten überprüfen, wie das nach dem Grundgesetz zu seinen Amtsaufgaben gehört: ob Spitzenbeamte, wie das heute leider der Fall ist, nur mit dem richtigen Parteibuch berufen werden. Auch das könnte eingeschränkt werden. Das wäre eine Möglichkeit, die Übermacht der politischen Klasse etwas zurückzudrängen.

Kölsch: Und damit einen insgesamt demokratischeren Staat zu erzeugen.

von Arnim: So ist es.

Kölsch: Ich bedanke mich für das Gespräch. Unser Gast im heutigen alpha-Forum war Hans Herbert von Arnim, Staatsrechtler und Wirtschaftswissenschaftler. Ich bedanke mich für Ihr Interesse, auf Wiedersehen.